

Herbstsession 2022

Sessionsrückblick - 3. Woche



Energie I

Der Nationalrat schliesst sich der Solar-Offensive für mehr inländischen Winterstrom an, die der Ständerat lanciert hat. Er hat aber Anpassungen zu Gunsten der Umwelt beschlossen und will damit für Verfassungsmässigkeit der Bestimmungen sorgen. Mit 149 zu 17 Stimmen und bei 26 Enthaltungen hiess der Nationalrat am Montag das Gesetz über dringliche Massnahmen zur kurzfristigen Erstellung einer sicheren Stromversorgung im Winter gut. Die Enthaltungen kamen vor allem von den Grünen. Sobald die Vorlage bereinigt ist, soll sie für dringlich erklärt werden und umgehend in Kraft treten. Die vom Nationalrat überarbeitete Vorlage geht zurück an den Ständerat.

Energie II

Der Nationalrat hat beim Rettungsschirm für systemrelevante Stromkonzerne letzte Einzelheiten zum Boni-Verbot bereinigt. Das Geschäft geht noch einmal in den Ständerat, der nun über die Dringlichkeit der Vorlage entscheiden kann. Das Dividenden- und Tantiemenverbot für ein Unternehmen mit Darlehen gilt in der bereinigten Fassung nur für Geschäftsleitung und Verwaltungsrat. Weiter soll der Bund die Finanzhilfe nur subsidiär in Form von Darlehen gewähren können. Gemäss dem Parlamentsbeschluss soll nur Geld fliessen, wenn ein Unternehmen alles Zumutbare unternommen hat, um seine Liquiditätsprobleme zu lösen und nicht überschuldet ist.

Energie III

Der Nationalrat spannt für den in finanzielle Schieflage geratenen Stromkonzern Axpo ein Sicherheitsnetz auf. Als Erstrat hat er im Rahmen einer von der SVP verlangten ausserordentlichen Session einem Nachtragskredit von vier Milliarden Franken mit 137 zu 46 Stimmen bei einer Enthaltung zugestimmt. Auch der Ständerat entscheidet noch diese Woche. Die neuen Regelungen dürften bereits am Samstag in Kraft treten und das derzeit geltende Notrecht ablösen. Drei Minderheitsanträge der SVP, die die Rahmenbedingungen für die Kreditvergabe weiter verschärfen wollten, blieben chancenlos. Niemand hatte allerdings Freude am Geschäft. Der Mehrheit ging es ausschliesslich darum, zu verhindern, dass die Axpo in Liquiditätsprobleme gerät, die schlimmstenfalls die Energieversorgung der Schweiz gefährden könnten.

Post

Die Postfinance-Privatisierung ist gescheitert. Nach dem Ständerat ist auch der Nationalrat nicht auf die Vorlage des Bundesrates eingetreten. Insbesondere wollen die Räte zuerst geklärt haben, wie die Grundversorgung der Post künftig aussehen soll und inwiefern Privatisierungsschritte verfassungsmässig wären. Der Nationalrat folgte mit dem Entscheid seiner einstimmigen Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen des Nationalrats (KVF-N). Das Nichteintreten beschloss er mit 156 Stimmen und 32 Enthaltungen, letztere stammten insbesondere von den Grünen. Auch für den Nationalrat kommt eine Aufhebung des Hypothekar- und Kreditverbots für die Postfinance sowie eine Teilprivatisierung der Post-Tochter derzeit nicht infrage. Der Ständerat hatte sich bereits in der Sommersession oppositionslos dagegen entschieden.

Altersvorsorge

Der Nationalrat will die freiwillige Erwerbstätigkeit nach Erreichen des ordentlichen Rentenalters steuerlich begünstigen. Er hat einen entsprechenden Vorstoss seiner Wirtschaftskommission gegen den Willen des Bundesrates angenommen, mit 96 zu 79 Stimmen. Die Motion geht in den Ständerat.



Mit Steuervorteilen möchte die grosse Kammer den Anreiz steigern, nach der ordentlichen Pensionierung weiter zu arbeiten. Eine privilegierte Besteuerung von arbeitenden Rentnern würde den Grundsatz der Rechtsgleichheit und Besteuerung nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit durchbrechen, argumentierten der Bundesrat und die Ratsminderheit gegen den Vorstoss. Zudem beinhalte die vom Stimmvolk knapp gutgeheissene AHV-Reform mit der Flexibilisierung des Rentenalters bereits erste Schritte in diese Richtung.

Geldflüsse

Der Nationalrat wünscht einen Bericht zur Erhöhung der Transparenz von internationalen Geldflüssen. Er hat ein entsprechendes Postulat seiner Aussenpolitischen Kommission (APK-N) mit 100 zu 85 Stimmen angenommen, entgegen dem Antrag des Bundesrates. Dieser war der Meinung, ein neuer Bericht würde keine zusätzlichen Informationen liefern. Die Position der Schweiz werde im eigenen Land unterschätzt, stellte Finanzminister Ueli Maurer dazu fest. Die APK-N ortete neuen politischen Reformdruck, insbesondere mit der Einführung der internationalen Mindeststeuer für multinationale Unternehmen. Der Bundesrat habe beachtliche Anstrengungen unternommen, um internationale Standards zu erfüllen, zum Beispiel gegen Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung, sagte Roland Rino Büchel (SVP/SG) namens der unterlegenen Minderheit.

Parlamentarische Aufsicht

Zur Klärung von Ereignissen von grosser Tragweite, sollen die Finanz- und Geschäftsprüfungskommissionen (GPK) der eidgenössischen Räte eine gemeinsame Subkommission einsetzen können. Diese soll zudem erweiterte Informationsrechte erhalten. So hat es die Einigungskonferenz beantragt und so will es der Nationalrat handhaben. Er fällte den Entscheid mit 176 zu 0 Stimmen - der Einigungsvorschlag entsprach den bisherigen Beschlüssen der grossen Kammer. Die Räte haben sich mit einer Vorlage zu befassen, die die Stärkung der GPK zum Ziel hat. Am Dienstag wird der Ständerat entscheiden. Er wollte der Subkommission bisher keine erweiterten Informationsrechte gewähren.

Covid-Gesetz

Der Nationalrat will einzelne Bestimmungen im Covid-19-Gesetz verlängern, um falls nötig in einer nächsten Corona-Welle die nötigen Instrumente bei der Hand zu haben. Dass künftig die Kantone die Tests bezahlen sollen, lehnt er aber ab. Der Nationalrat hiess die vom Bundesrat beantragten Verlängerungen am Dienstag mit 140 zu 47 Stimmen gut. Bei der Verantwortung für die Tests will er aber statt einem Flickenteppich, wie es mehrere Votanten im Rat nannten, weiterhin das vom Bund verantwortete und finanzierte Testregime. Der Ständerat ist nun am Zug, voraussichtlich in der Wintersession.

Frauenkrankheiten

Der Nationalrat will Verbesserungen bei der Förderung von Forschung und Therapie von spezifischen Frauenkrankheiten. Er hat einen Vorstoss seiner zuständigen Kommission gegen den Willen des Bundesrates mit 133 zu 52 Stimmen angenommen. Es gebe zahlreiche Krankheiten wie Lipödem, eine schwere Erkrankung des Fettgewebes, Endometriose oder Menstruationsbeschwerden, die ausschliesslich oder grossmehrheitlich Frauen betreffen.



Es sei deshalb unerlässlich, dass frauenspezifische Krankheiten als solche identifiziert und breiter erforscht würden, am besten über ein Forschungsprogramm des Schweizerischen Nationalfonds (SNF), befand die Mehrheit. Am Ursprung der Motion stehen zwei überwiesene Petitionen der letzten Frauensession zur Gendermedizin.

Tarife

Der Nationalrat verlangt Präzisierungen für die blockierten Verhandlungen bezüglich der Rahmenbedingungen für die neue Tarifstruktur Tardoc, die den veralteten Tarmed ersetzen soll. Bis eine von den Tarifpartnern revidierte Tarifstruktur vorliegt, sollen unter anderem keine neuen Tarifsysteme genehmigt werden dürfen. Die grosse Kammer hat ein entsprechendes Postulat gegen den Willen des Bundesrates mit 170 zu 7 Stimmen bei 4 Enthaltungen beschlossen. Darin wird weiter gefordert, dass das neue Tarifsysteem nur Einzelleistungstarife beinhaltet, wo gemäss aktuellem wissenschaftlichen Erkenntnisstand keine Pauschalen für ambulante Leistungen möglich sind. In allen Bereichen ohne Unterversorgung sollen zudem bis zum Vorliegen des neuen Tarifsystems die bisherigen Tarmed-Positionen gekürzt werden können.

Demenz

Der Bundesrat muss gegen seinen Willen einen Bericht zur Verbesserung der Betreuung von Menschen mit Demenz vorlegen. Der Nationalrat hat ein Postulat seiner Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK-N) mit 115 zu 71 Stimmen bei 4 Enthaltungen akzeptiert. Das Problem sei gravierend, die Kosten hoch, sagte Mehrheitsprecherin Barbara Gysi (SP/SG) im Rat. Die hochbelasteten Betreuungspersonen von Demenzkranken müssten unbedingt entlastet werden. Thomas Aeschi (SVP/ZG) verwies namens der Kommissionsminderheit vergeblich auf die bereits existierende nationale Plattform mit sechs Schwerpunkten in diesem Bereich. Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) sei bereits gut unterwegs, es brauche keinen neuen Bericht.

Krankenversicherer

Der Abbau überschüssiger Reserven soll für die Krankenversicherer nicht mehr freiwillig sein, wie dies der Bundesrat will, sondern obligatorisch, wenn diese Reserven einen bestimmten Anteil überschreiten. In diesem Sinne hat der Nationalrat eine Motion von Lorenzo Quadri (SVP/TI) mit 147 zu 36 Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen. Kürzlich hat der Bundesrat eine Änderung der entsprechenden Verordnung in die Vernehmlassung gegeben, mit der die Voraussetzungen für einen freiwilligen Abbau der Reserven durch die Versicherer vereinfacht werden sollen. Die Landesregierung wollte zuerst die Ergebnisse der Vernehmlassung abwarten, bevor sie allenfalls weitergehende Massnahmen ins Auge fasst. Solange die Rückerstattung an die Versicherten via Prämiensenkung nicht obligatorisch sei, würden die Versicherer nicht im gewünschten Sinn handeln, argumentierte Quadri. Das Anliegen geht in den Ständerat.

Europadebatte

Der Nationalrat hat die Präsentation der Jahresziele für 2023 des Bundesrates für eine Debatte über die Europapolitik genutzt. Von fast allen Fraktionen musste sich Bundespräsident Ignazio Cassis am Mittwoch Kritik anhören. Es gelte, den Stillstand im Verhältnis der Schweiz zur EU zu überwinden.



Der Bundesrat unternehme zu wenig, lautete der Tenor bei SP, Mitte, Grünen und GLP. Die SVP ihrerseits kritisierte erneut die Russland-Sanktionen und erteilte einer weiteren Annäherung an die EU eine Absage. Cassis bekräftigte das Ziel, Regelungen zu institutionellen Fragen in den einzelnen bilateralen Abkommen zu verankern.

Rettungsschirm

Die gesetzlichen Grundlagen für den mit zehn Milliarden Franken dotierten Rettungsschirm für systemrelevante Stromunternehmen sollen am kommenden Samstag (1. Oktober) in Kraft treten, wenn sie am Freitag die Schlussabstimmung überstehen. Der Nationalrat hat die Vorlage mit 127 zu 47 Stimmen und 10 Enthaltungen für dringlich erklärt. Gegen Dringlichkeit stimmten vor allem Mitglieder der SVP-Fraktion. Der Ständerat hiess die Dringlichkeit mit 32 zu 0 Stimmen bei 6 Enthaltungen gut. Die Konditionen für die Inanspruchnahme der Hilfe vom Bund sind allerdings finanziell unattraktiv. Es soll zudem nur Geld fliessen, wenn ein Unternehmen alles Zumutbare unternommen hat, um seine Liquiditätsprobleme zu lösen und nicht überschuldet ist.

Solaroffensive

Eine Solar-Offensive soll die Produktion von mehr einheimischem Winterstrom anheizen, und dies möglichst rasch. Der Nationalrat hat die vom Ständerat konzipierte Vorlage für einen Solar-Zwang für bestimmte Neubauten sowie eine erleichterte Bewilligungen und finanzielle Unterstützung für Gross-Solaranlagen in den Bergen für dringlich erklärt. Er tat dies mit 165 zu 14 Stimmen und 6 Enthaltungen. Sagt am Donnerstag auch der Ständerat Ja, kann die Vorlage am Samstag (1. Oktober) in Kraft treten, wenn sie durch die Schlussabstimmung kommt. Die Bestimmungen zur Solar-Offensive gelten bis Ende 2025. Sie sollen dann vom Stromversorgungsgesetz abgelöst werden.

Richterwahlen

Das Bundesgericht in Lausanne erhält zwei neue Richterinnen und einen neuen Richter, das Bundesstrafgericht einen neuen Richter für die Berufungskammer. Alle vier sind von der Vereinigten Bundesversammlung gewählt worden. Federica De Rossa (SP), Karin Scherrer Reber (FDP) und Christian Kölz (Grüne) wurden als neue ordentliche Richterinnen respektive ordentlicher Richter ans Bundesgericht in Lausanne gewählt. Der promovierte Jurist Andrea Ermotti wird neuer ordentlicher Richter der Berufungskammer des Bundesstrafgerichts in Bellinzona.

Bundesanwaltschaft

Die Vereinigte Bundesversammlung hat die Mitglieder der Aufsichtsbehörde über die Bundesanwaltschaft (AB-BA) für die Amtsperiode 2023 bis 2026 bestimmt. Im Amt bestätigt wurden Bundesrichterin Alexia Heine, Anwalt Jörg Zumstein und Anwältin Luzia Vetterli sowie die Fachleute Isabelle Augsburg-Bucheli, Marc Thommen und Lionel Seeberger. Die Ergänzungswahl für die siebte Stelle soll nach Angaben der Gerichtskommission in der Wintersession erfolgen. Dieser Sitz ist nach dem angekündigten Rücktritt von Stefan Heimgartner aus der AB-BA derzeit vakant.



Fraktionsausflug

Erstmals in ihrer Geschichte besuchte die SVP im Rahmen ihres Fraktionsausfluges das Appenzellerland. Die SVP fuhr mit dem Zug nach Romanshorn und dann weiter mit dem Car nach Walzenhausen AR und Heiden AR. In Walzenhausen besichtigte die Fraktion die Firma Just, die seit über 90 Jahren Gesundheits- und Schönheitsprodukte herstellt und sich klar zum Standort Appenzellerland bekennt. Am späteren Nachmittag ging es weiter zum Nachtessen ins historische Hotel Linde in Heiden.





Eigenmietwert

Der Nationalrat will die Abschaffung des Eigenmietwertes noch nicht beraten und schickt ihn auf eine Zusatzrunde zurück in die Kommission. Das Fuder sei überladen, befand er. Damit sei keine Volksabstimmung zu gewinnen. Der Rat beschloss mit 125 zu 68 Stimmen zwar Eintreten auf die Vorlage. Er schickte sie aber auf Antrag der Mitte-Fraktion mit 114 zu 77 Stimmen bei 2 Enthaltungen umgehend zurück an die vorberatende Kommission. Über den Weg einer Subkommission will der Nationalrat nun die Kantone besser einbinden, die vehement gegen die geltende Vorlage opponieren. Im Frühling 2023 sollen zudem neue Daten vorliegen. Damit ist es realistisch, dass innerhalb eines Jahres eine bessere Vorlage auf dem Tisch liegt.

Hornkühe

Bauern erhalten kein Geld, wenn sie ihren Kühen die Hörner belassen. Der Nationalrat ist gegen die Einführung eines "Hörnerfrankens" in der Direktzahlungsverordnung. Als Zweitrat hat er mit 92 zu 86 Stimmen bei 13 Enthaltungen eine Motion des Solothurner SP-Ständerats Roberto Zanetti abgelehnt. Der Ständerat hatte den Vorstoss im Juni gutgeheissen. Nun ist er vom Tisch. Über das Thema hatten Volk und Stände bereits Ende November 2018 zu entscheiden. Damals verwarfen die Stimmenden die Hornkuh-Initiative mit 54,7 Prozent Nein-Stimmen.

Europapolitik

Der Nationalrat will neue Gespräche zwischen dem Bundesrat und den Sozialpartnern zur Europapolitik. Er möchte die Landesregierung beauftragen, eine tragfähige Lösung zum Lohnschutz zu finden und hat mit 104 zu 80 Stimmen bei zwei Enthaltungen eine entsprechende Motion seiner Aussenpolitischen Kommission (APK-N) angenommen. Lösungen verlangt die Kommissionsmotion auch beim Schutz der Schweizer Sozialwerke. Der Bundesrat soll zudem dem Parlament regelmässig Bericht über den Fortgang der Verhandlungen erstatten. Drittens will der Vorstoss die Landesregierung verpflichten, Schutzklauseln zu Löhnen und Sozialwerken zu prüfen und den Räten vorzulegen. Die Motion geht an den Ständerat.

Schweiz – EU I

Der Bundesrat soll mit einem Dashboard mehr Transparenz herstellen bezüglich der verwendeten und nicht verwendeten Finanzmittel des Horizon-Pakets. Der Nationalrat hat als Erstrat einer Motion seiner Kommission für Wirtschaft, Bildung und Kultur (WBK-N) mit 133 zu 50 zugestimmt. Das Geschäft geht an den Ständerat. Die Nicht-Assoziierung der Schweiz durch die EU hat die Finanzierungslogik des Verpflichtungskredites für die Teilnahme der Schweiz am EU-Programm "Horizon Europe" grundsätzlich verändert. Die Übergangslösungen sind für die Ratsmehrheit nur schwer durchschaubar. Der Bundesrat lehnte die Motion ab, weil er das Anliegen als erfüllt betrachtete. Das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation führe bereits eine für jedermann jederzeit einsehbare Transparenzliste.

Schweiz – EU II

Mit Stichentscheid der grünen Ratspräsidentin Irène Kälin hat der Nationalrat beim Bundesrat einen Bericht bestellt zu Unterschieden im Arbeitnehmerschutz zwischen der Schweiz und der EU. In diesem Bericht soll aufgezeigt werden, welche Anpassungen im Schweizer Recht notwendig wären, wenn man es an das europäische Recht angleichen wollte. Schliesslich soll dargelegt werden, in welchen Bereichen eine solche Angleichung den Arbeitnehmerschutz verbessern und in welchen sie ihn verschlechtern würde. Der Bundesrat war gegen einen Bericht.



Eine Prüfung und Berichterstattung über die Auswirkungen einer weiteren Anpassung des Schweizer Rechts an EU-Recht im Bereich der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik ist laut Wirtschaftsminister Guy Parmelin nicht angezeigt.

Zivildienst

Der Nationalrat will den Wechsel von der Armee in den Zivildienst unattraktiver machen. Er hat mit 93 zu 84 Stimmen bei einer Enthaltung einer entsprechenden Motion der SVP-Fraktion zugestimmt. Der Vorstoss geht an den Ständerat. Ziel der Motion ist es, den Armeebestand zu erhöhen. Unter anderem will die SVP sicherstellen, dass mindestens 150 Dienstage im Zivildienst leisten muss, wer sich umteilen lässt. Ab der Zulassung für den Zivildienst sollen jährliche Einsätze für einstige Armeeangehörige Pflicht sein. Auf der Gegenseite deuteten mehrere Ratsmitglieder die Befürchtung an, mehr Dienstpflichtige könnten den sogenannten "blauen Weg" wählen und sich aus medizinischen Gründen ausmustern lassen.

Tourismus

Innotour soll Tourismusprojekte auch langfristig finanzieren. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat eine Motion von Ständerat Hans Stöckli (SP/BE) gegen den Willen des Bundesrates angenommen. Diese will langfristige Finanzierungsmöglichkeiten bei Projekten für nachhaltige Entwicklung und Digitalisierung ermöglichen. Die Zustimmung im Nationalrat erfolgte mit 94 zu 88 Stimmen bei 5 Enthaltungen. Längere Finanzierungslaufzeiten erhöhten die langfristigen Erfolgchancen der Projekte und förderten somit die nachhaltige Entwicklung des Schweizer Tourismus, begründeten die Befürworter im Rat ihre Position. Die Minderheit vertrat zusammen mit dem Bundesrat die Ansicht, es gebe bereits eine Vielzahl an Finanzierungsmöglichkeiten in der Tourismusbranche. Innotour sei nur für Anstossfinanzierungen vorgesehen.

Landwirtschaft

Bäuerinnen und Bauern sollen sich vorerst nicht umweltschonende landwirtschaftliche Maschinen mit À-fonds-perdu-Beiträgen des Bundes anschaffen dürfen. Anders als der Ständerat hat der Nationalrat einen Vorstoss dazu mit 90 zu 81 Stimmen bei 13 Enthaltungen abgelehnt. Er ist vom Tisch. In der Sache habe man das gleiche Ziel, sagte Landwirtschaftsminister Guy Parmelin im Rat. Die Motion von Ständerat Werner Salzman (SVP/BE) sei aber der falsche, weil längere Weg zum Ziel. Das Anliegen der Motion habe bereits in die Botschaft zur neuen Agrarpolitik (AP 22+) Eingang gefunden und könne in diesem Rahmen diskutiert werden. Eine Minderheit wollte die Motion annehmen, weil eine Ablehnung ihrer Meinung nach angesichts der vom Parlament beschlossenen Umweltziele das falsche Signal aussenden würde.

Flüchtlinge

Der Nationalrat will wissen, wie Daten zum Bildungsstand und -potenzial geflüchteter Personen erfasst werden und ob allenfalls Lücken bestehen. Er hat ein Postulat seiner Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK-N) mit 126 zu 58 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen. Der Bundesrat muss nun einen Bericht vorlegen und Massnahmen für eine Verbesserung der Datenbasis vorschlagen. Ziel des Vorstosses ist, die Kompetenzen von Flüchtlingen besser zu nutzen. Der Bundesrat teilte das Anliegen, war aber der Meinung, ein Bericht sei nicht zielführend. Das Staatssekretariat für Migration (SEM) prüfe bereits Massnahmen.



Nahrungsmittel

Der Nationalrat will Antworten zum Einfluss von Spekulation auf die Preise von Grundnahrungsmitteln. Er hat ein Postulat seiner Aussenpolitischen Kommission (APK-N) mit 105 zu 74 Stimmen bei einer Enthaltung überwiesen. Der Bundesrat muss nun in einem Bericht unter anderem Massnahmen aufzeigen, wie sich die Transparenz bei Termingeschäften mit Nahrungsmitteln erhöhen liesse und welchen Spielraum die Schweiz dabei hat. Eine Kommissionsminderheit argumentierte, laut Studien habe Spekulation kaum einen Einfluss auf die Preise. Auch der Bundesrat war der Ansicht, ein solcher Bericht würde keine neuen Erkenntnisse bringen.

Sexualaufklärung

Der Bundesrat muss in einem Bericht die Qualität und die geltenden Standards der Sexualaufklärung an Schweizer Schulen analysieren. Der Nationalrat hat ein entsprechendes Postulat seiner Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK-N) mit 101 zu 77 Stimmen bei zwei Enthaltungen gutgeheissen. Die Kommission begründete ihren Vorstoss mit der hohen Bedeutung der Sexualaufklärung im Kampf gegen sexuell übertragbare Krankheiten, Sexismus und sexuelle Belästigung sowie zur Vermeidung ungewollter Schwangerschaften. Der Bundesrat wehrte sich gegen den Auftrag. Er vertrat die Ansicht, im Wesentlichen seien die Kantone zuständig.

Sanktionen I

Der Nationalrat verlangt vom Bundesrat konkrete Vorschläge für eine umfassende und eigenständige Sanktionspolitik angesichts des Ukraine-Krieges. Er hat mit 101 zu 84 Stimmen eine entsprechende Motion seiner Aussenpolitischen Kommission (APK-N) angenommen. Die Kommission hatte den Vorstoss im Frühling erarbeitet und Anfang Mai verabschiedet. Als Problemfelder nannte sie in der Begründung des Vorstosses unter anderem nachrichtendienstliche Tätigkeiten durch russische Diplomaten in der Schweiz oder die aktive Suche nach Vermögenswerten sanktionierter Personen. Die Motion geht an den Ständerat.

Sanktionen II

Das Schweizer Sanktionenrecht wird nicht geändert. Nachdem das Parlament eigenständige Sanktionen und damit einen Paradigmenwechsel abgelehnt hatte, verwarf der Nationalrat die übriggebliebenen geringfügigen Änderungen in der Schlussabstimmung. Die grosse Kammer fällte ihren Entscheid mit 118 zu 70 Stimmen bei fünf Enthaltungen. Nein stimmten sowohl SP und Grüne als auch die SVP. Der Ständerat stimmte der Vorlage ohne Gegenstimme zu. Mit dem Nein des Nationalrats ist das Gesetz vom Tisch. Bei der Beratung des Geschäfts hatte die Frage eines Paradigmenwechsels in der Schweizer Sanktionspolitik für heftige Diskussionen gesorgt. Schliesslich sprachen sich die Räte dagegen aus.

Notfallgebühr

Der Nationalrat hält an einer Notfallgebühr für Bagatellfälle im Spitalnotfall fest. Er hat es mit 114 zu 71 Stimmen bei 6 Enthaltungen abgelehnt, eine entsprechende parlamentarische Initiative abzuschreiben. Die grosse Kammer sprach sich gegen die knappe Mehrheit der vorberatenden Kommission aus, die die Idee abschreiben wollte. Sie sei nach Anhörungen der involvierten Kreise zum Schluss gekommen, dass die Einführung einer Bagatellgebühr schwierige Abgrenzungsprobleme mit sich bringen würde. Nun hat noch der Ständerat über die Abschreibung zu entscheiden, der die Idee einer Notfallgebühr im Juni 2021 knapp befürwortet hatte.



Familienzulagen

Die Auszahlung von kaufkraftbereinigten Familienzulagen ist kein Thema mehr. Der Nationalrat hat eine von beiden Räten angenommene parlamentarische Initiative abgeschrieben. Grund für den Stimmungsumschwung ist ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs. Nach einer Analyse des Urteils gegen Österreich im Juni dieses Jahres kam eine Kommissionsmehrheit zum Schluss, dass es nicht zulässig und diskriminierend wäre, wenn die Schweiz die Familienzulagen für Arbeitnehmende aus der EU, deren Kinder in der EU leben, der Kaufkraft anpassen würde. Konkret würde die Schweiz gegen Regeln des Freizügigkeitsabkommens verstossen. Die SVP wehrte sich im Nationalrat gegen die Abschreibung. Nun hat noch der Ständerat über die Abschreibung zu entscheiden.

Schlussabstimmungen

Neun Vorlagen haben der Nationalrat und der Ständerat am Freitag mit den Schlussabstimmungen parlamentarisch unter Dach und Fach gebracht. Darunter sind zwei dringliche Gesetze, die bereits am Samstag in Kraft treten werden - einerseits die gesetzlichen Regelungen zum Rettungsschirm für systemrelevante Stromunternehmen, die das derzeit geltende Notrecht ablösen; andererseits die Vorlage für einen Solar-Zwang für bestimmte Neubauten sowie erleichterte Bewilligungen und finanzielle Unterstützung für Gross-Solaranlagen in den Bergen. Gegen den vom Parlament ebenfalls verabschiedeten indirekten Gegenvorschlag zur Gletscher-Initiative, der den gesetzlichen Weg zum Netto-Null-Ziel 2050 vorgibt, hat die SVP das Referendum angekündigt.

Bern, im September 2022

David Zuberbühler